

Ihre Abgeordnete Nadine Schön informiert:

BERLIN AKTUELL

DIE WOCHEN IM BUNDESTAG VOM 17.03.-21.03.2014



Ausgewählte Termine von Nadine Schön:

- Montag: Fraktionsrunden meiner beiden Geschäftsbereiche
- Montag: Sitzungen des geschäftsführenden Vorstandes der Bundestagsfraktion sowie des Fraktionsvorstandes
- Montag: Gemeinsame Sitzung der Landesgruppen Saarland / Rheinland-Pfalz
- Dienstag: Koordinierungsrunde mit Bundesfamilienministerin Schwesig
- Dienstag: Sitzung meiner beiden Arbeitsgruppen

Abonnieren auch Sie den Newsletter von Nadine Schön und schreiben Sie an: nadine.schoen@bundestag.de

- Dienstag: „Kauder-Runde“ und Fraktionssitzung
- Dienstag: Fachgespräch zum Thema Menschenhandel und Prostitutionsstätten
- Dienstag: Parlamentarischer Abend der Lebenshilfe
- Mittwoch: Sitzung Vorstand Gruppe der Frauen
- Mittwoch: Workshop „Social Media“ der Bundestagsfraktion
- Donnerstag: Regierungserklärung der Kanzlerin Dr. Angela Merkel
- Donnerstag: Fachgespräch DIHK
- Donnerstag: Podium zum Thema Prostitution
- Freitag: Gespräch mit MdEP Sabine Verheyen
- Freitag: Kundgebung Equal Pay Day

STÄRKE DES RECHTS STATT RECHT DES STÄRKEREN

Mit großer Sorge verfolgen wir die Entwicklung in der Ukraine. Die russische Staatsführung hat mit ihrem völkerrechtswidrigen Vorgehen auf der Krim Fakten geschaffen, unter deren Eindruck Europa nicht einfach zur Tagesordnung übergehen kann. Wir stehen angesichts des russischen Vorgehens vor großen internationalen Herausforderungen und müssen ein Signal der Geschlossenheit und Solidarität zum Ausdruck bringen. Wir müssen eine klare Haltung zeigen, diese offen aussprechen und entsprechend unbeirrt handeln.

Wir wissen uns mit unseren transatlantischen und europäischen Freunden einig, wenn wir den russischen Völkerrechtsbruch verurteilen. Wir verfallen aber nicht in die Reflexe früherer Jahrzehnte, sondern setzen



auf die Problemlösungsstrategien des 21. Jahrhunderts. Für uns scheiden militärische Maßnahmen daher selbstverständlich aus.

Wir werden aber alle Mittel anwenden, die der Völkergemeinschaft darüber hinaus zur Verfügung stehen. Uns ist klar, dass in einer wirtschaftlich vernetzten Welt Sanktionen nicht nur eine Seite treffen. Wir sind aber bereit und entschlossen, diesen Preis zu zahlen.

Ebenso richtig und wichtig ist es, dass wir den Menschen in der Ukraine helfen. Das Land

verdient unsere Solidarität und Hilfe. Kommen wir denen entgegen, die auf uns zugehen. Spielen wir der russischen Machtpolitik nicht in die Hände: Weder durch Verzögerung bei anstehenden Sanktionen noch durch Unterstützung völkerrechtswidriger Akte. Die Abtrennung der Krim ist und bleibt ein Rechtsbruch.

Wir fordern Präsident Putin erneut dazu auf, konstruktive Schritte einzuleiten. Das Völkerrecht und unsere in Europa nach zwei schrecklichen Weltkriegen so mühsam erarbeitete multilaterale Friedensordnung müssen wieder voll und ganz gelten. Wir sind froh, dass unsere Bundeskanzlerin als profunde Kennerin Russlands und auf Basis unserer Werte so besonnen und intensiv an der Lösung dieser Krise arbeitet.

BUNDESVEREINIGUNG LEBENSILFTE

Interessant und unterhaltsam war der alljährliche Parlamentarische Abend bei der Bundesvereinigung Lebenshilfe e.V. auch in diesem Jahr. In der Bundesvereinigung Lebenshilfe sind 514 Orts- und Kreisvereinigungen

aus 16 Landesverbänden als Mitgliedsorganisationen, die alle jeweils rechtlich eigenständig sind, zusammengeschlossen. Darüber hinaus umfasst sie weitere 115 ordentliche und kooperative Mitgliedsorganisa-



tionen. Insgesamt sind fast 135.000 Menschen in den Mitgliedsvereinigungen der Bundesvereinigung Lebenshilfe organisiert.

Auch in meinem Wahlkreis hat die Lebenshilfe sich zu einem

starken und modernen Dienstleistungsunternehmen mit zahlreichen Einrichtungen entwickelt.

Der kurzweilige Abend bot Gelegenheit, mit den Verantwortlichen, wie dem Vorsitzenden der Lebenshilfe im Saarland, Bernhard Müller, sowie der Geschäftsführerin Barbara Kronenberger und Bernd Frauendorf, Mitglied im Werkstatttratt, intensiv über aktuelle Themen zu diskutieren.

Meldungen:

Berlin: Von der Einführung am 1. August bis zum 31. Dezember 2013 wurden insgesamt 64.877 Anträge auf Betreuungsgeld bewilligt. Einen deutlichen Unterschied bei der Inanspruchnahme der neuen Leistung des Bundes kann man zwischen Ost und West erkennen: Während in den neuen Ländern Eltern das Betreuungsgeld im Schnitt für 13,1 Monate beantragen, waren es im Westen 19,7 Monate. Insgesamt kann Betreuungsgeld bis zu 22 Monate lang bezogen werden. Für diese Gesamtdauer haben sich im Betrachtungszeitraum 78 % der Eltern entschieden. Obwohl es bei Elternpaaren nicht darauf ankommt, wer Antragssteller ist, haben hauptsächlich Mütter das Betreuungsgeld bezogen (95 %).

(Quelle: Statistisches Bundesamt)

Berlin: Im Jahr 2012 war der Anteil der am Arbeitsmarkt aktiven 60- bis 64-Jährigen fast doppelt so hoch wie noch 2002: Waren damals nur 25,1 % in dieser Altersgruppe erwerbstätig oder als erwerbslos registriert, so sind es heute 49,6 %. Besonders Frauen konnten ihre Beteiligung am Erwerbsleben in diesem Zeitraum steigern: Von 16,4 % im Jahr 2002 auf rund 40,9 % zehn Jahre später (bei Männern von 34 auf 58,6 %). Zugleich hat sich das durchschnittliche Renteneintrittsalter im Zehnjahresvergleich um knapp zwei Jahre nach hinten verlagert. Beschäftigte, die im Jahr 2011 ihre Erwerbstätigkeit wegen Ruhestands aufgegeben haben, waren im Mittel 61,1 Jahre alt. Zehn Jahre zuvor betrug das Durchschnittsalter noch 59,3 Jahre.

(Quelle: Statistisches Bundesamt)

Impressum:

Bundestagsbüro Nadine Schön
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: 030 / 227 700 49
Fax: 030 / 227 766 41
Mail: Nadine.Schoen@bundestag.de
Internet: www.nadine-schoen.de

PRAKTIKANTIN ROSALIE SEPPelt

Im Rahmen meines Jurastudiums an der Rheinischen Friedrich-Wilhelm-Universität Bonn habe ich mein sechswöchiges Verwaltungspraktikum im Büro der beiden Bundestagsabgeordneten Anette Hübinger und Nadine Schön absolviert.

Hinter die Kulissen des Arbeitsalltags im Deutschen Bundestag zu blicken, hat mich schon immer interessiert. Hier in Berlin habe ich die Möglichkeit, den Politik-Alltag hautnah mitzuerleben.

Ich darf beide saarländischen Abgeordneten in ihre Arbeits-



gruppen, Ausschüsse und Sitzungen begleiten und auch bei Plenarsitzungen den Debatten zu aktuellen Themen folgen.

Darüber hinaus reicht die Bandbreite meiner Aufgaben im Abgeordnetenbüro von Recherchen zur Aufbereitung bestimmter Sachverhalte oder Anfragen über organisatorische Tätigkeiten bis zu klassischen Büroabläufen und gestaltet sich sehr vielseitig und abwechslungsreich.

Insgesamt kann ich auf sechs tolle und aufregende Wochen meines Praktikums in der politischen Hauptstadt Berlin mit zahlreichen interessanten Einblicken und wertvollen Eindrücken zurückblicken.

MENSCHENHANDEL PROSTITUTIONSSTÄTTEN

Im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD haben wir uns geeinigt auf einen besseren Schutz von Frauen vor Menschenhandel und Zwangsprostitution, eine konsequentere Bestrafung der Täter, eine umfassende Überarbeitung des Prostitutionsgesetzes im Hinblick auf die Regulierung der Prostitution sowie gesetzliche Verbesserungen der ordnungsbehördlichen Kontrollmöglichkeiten.

Wir wollen uns zügig auf Eckpunkte unserer Bundestagsfrak-



tion verständigen. Es gilt, in internen Fachgesprächen Überlegungen, Lösungsansätze und Strategien zwischen Familien- und Frauenpolitikern einerseits und Innen- und Rechtspolitikern andererseits abzustimmen und zu koordinieren.

Vor diesem Hintergrund war ich am gestrigen Donnerstag im Landtag des Saarlandes zu Gast. Im Rahmen der Veranstaltung „Prostitution: (kein) Problem!“ der Saarländischen CDU-Landtagsfraktion mit der Frauen und Jungen Union wurden die Situation und spezifischen Probleme in unserer Region diskutiert.

Wir werden dieses Thema weiter im Blick haben und nachhaltige Lösungen zur Beseitigung massiver Missstände anbieten.

STEPHANUSKREIS SETZT ARBEIT FORT

Der Stephanuskreis der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, der sich um die Situation verfolgter Christen in aller Welt kümmert, setzt seine Arbeit auch in dieser Legislaturperiode fort. Die Mitglieder des Kreises wählten den Abgeordneten Heribert Hirte einstimmig als Nachfolger von Ute Granold zum Vorsitzenden.

Mit dem Stephanuskreis erhalten verfolgte und bedrängte Christen aus aller Welt auch in dieser Legislaturperiode ein Forum, wo sie über ihre Situation berichten können. Über ihre Lage Bescheid zu wissen, ist der erste Schritt, um ihnen helfen zu können.

Das Engagement von 73 Abgeordneten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion - zu denen ich auch gehöre - zeigt, wie wichtig das Thema Christenverfolgung für die Union ist. Der Stephanuskreis bietet dabei nicht nur den Christen Gelegenheit, um aus erster Hand über ihre Probleme zu berichten. Auch Nichtregierungsorganisationen und Hilfswerke können dort ihre Arbeit vorstellen.

Wir werden uns weiter für die Stärkung der Religionsfreiheit einsetzen. In vielen Staaten, in denen Christen der Verfolgung ausgesetzt sind, werden auch Angehörige anderer Minder-

heitsreligionen unterdrückt oder ausgegrenzt. Wo aber Religionsfreiheit unterdrückt und missachtet wird, achtet man auch andere Menschenrechte gering.

Der Stephanuskreis trägt mit seinem Einsatz zur Umsetzung des Koalitionsvertrages der Großen Koalition bei. Hier haben wir uns auf eine Fortsetzung und Verstärkung des deutschen Einsatzes für das Menschenrecht der Religionsfreiheit weltweit vereinbart. Die Unionsfraktion wird darauf achten, dass Koalition und Regierung in ihrem Einsatz für verfolgte Christen nicht nachlassen.